

"Die Braut war hübsch" in Der Spiegel (19. November 1952)

Legende: In seiner Ausgabe vom 19. November 1952 analysiert das Nachrichtenmagazin Der Spiegel die wirtschaftlichen Probleme zwischen den einzelnen Staaten der Benelux-Union.

Quelle: Der Spiegel. Das deutsche Nachrichtenmagazin. Hrsg. AUGSTEIN, Rudolf. 19.11.1952, n° 47; 6. Jg. Hamburg: Spiegel-Verlag G.M.B.H. "Die Braut war hübsch", p. 14-19.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"die_braut_war_hubsch"_in_der_spiegel_19_november_1952-de-3cc76fda-4878-483c-aa04-c824074b40ee.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 14/05/2013

Die Braut war hübsch

Seit die Kneipwirte in den Hafenschenken von Antwerpen kaum noch ein belgisches Bierfaß anzapfen, weil die Flut des holländischen Oranje- und Amstel-Bieres viel billiger über die Grenze schäumt, geht eine neue Sterbeparole durch Belgien.

Die Belgier fürchten nicht mehr, durch eine nordamerikanische Tapsigkeit für Königsberg („Mourir pour Königsberg“) oder Berlin sterben zu müssen - sie fürchten vielmehr das große „Mourir par Benelux“. („Durch Benelux sterben.“) So stand es kürzlich auf Tausenden von Transparenten in Antwerpen und Brüssel.

Dort demonstrierten nicht nur die arbeitslosen Bierbrauer und Zigarrenmacher, die vorrechnen, daß täglich 500.000 holländische Zigarren in Belgien geraucht werden, sondern auch die Arbeitslosen der belgischen Textil- und Schuhfabriken, der Möbelbranche und der Papierindustrie.

Hunderte von adretten Ladenmädchen schwenkten patriotische Schilder mit der Boykott-Parole: „Contre le dumping hollandais“ („Gegen das holländische Dumping“) und der Aufforderung: „Achetez belge“ („Kauft belgisch“).

Dann wurde eine Puppe mit blondem Wuschelkopf durch die Straßen getragen. Sie ähnelte einem holländischen Meisje, das zum Holzschuhtanz geht. „Es hat sich ausgetanzt“, spotteten die Zuschauer, und ein Präsident der demonstrierenden Wirtschaftsverbände schrieb am nächsten Tage dazu folgenden Kommentar: „Die Braut war hübsch, jedoch langsam entpuppte sie sich als Megäre. Deshalb sollte man das Verlöbnis endlich auflösen...“

Es war eine Persiflage auf das erste Verlöbnis im Zeichen der europäischen Integration - die sogenannte Vor-Union der kleinen westeuropäischen Drei: Belgien, Niederlande und Luxemburg.

Die drei Länder vereinbarten am 1. Januar 1948 eine beschränkte Zollunion, der eine vollkommene Wirtschaftsunion folgen sollte. Durch den Zollvertrag wurde der größte Teil des Handels zwischen den drei Ländern von allen einschränkenden Ein- und Ausfuhrbestimmungen befreit.

Der nächste Schritt zu einer Wirtschaftsehe zu dritt war dann die Gleichschaltung der indirekten Steuern und der Umsatzsteuer. Die vollkommene Ehe,

- Koordinierte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, und
- Freizügigkeit von Personen, Waren und Kapital innerhalb der Beneluxgrenze,

aber wurde nicht erreicht. Das Aufgebot wurde immer wieder hinausgezögert.

Es war bereits zum 1. Januar 1950 bestellt, wurde dann bis zum 1. Juli 1950 verlängert und sollte endlich am 31. Dezember 1950 die Vereinigung bringen. Da wurde man plötzlich sehr zurückhaltend.

Inzwischen hat sich die Liebe noch mehr abgekühlt. Als kürzlich die Ministerpräsidenten und fünfzehn Minister der drei Länder im belgischen Nordseebad Zoute bei Knokke zusammenkamen, beklagten sich die Be- und Lux-Partner bitter über die permanente Untreue von „Ne“.

Meisje soll die Holländer-Schürze abbinden, hinter der es die attraktiven Reize des billigen niederländischen Warenexports versteckt. Der belgische Finanzminister, dessen ganze Außenhandelsbilanz ins Gleiten geraten ist, verlangt:

Die Regierung in Den Haag soll endlich für eine Erhöhung der Industrie- und Landarbeiterlöhne in den Niederlanden sorgen. Nicht etwa, weil die Arbeiter sich dort nicht mehr die gezuckerte Büchsenmilch in den Morgenkaffee träufeln können, sondern weil nur noch eine Lohnerhöhung den niederländischen

Selbstkostenvorsprung ausgleichen könne.

Die Niederlande, die ihre Gewerkschaften energisch davon abhielten, an der synchron laufenden Lohn- und Preisschraube zu drehen, sollen nicht mehr länger Oase der Billigkeit sein, sondern sich dem teuersten Lande Europas - Belgien - anpassen.

„**Umgekehrt geht es nicht**“, stellen sich die Belgier stur. Sie haben das höchste Lohnniveau in Europa. „Ein Lohnabbau würde eine Revolution bedeuten.“ Die Gründe für den belgisch-niederländischen Preis- und Lohnkrieg liegen tief im wirtschaftspolitischen und sozialen Feld.

Zwischen Belgien und den Niederlanden bestehen seit eh und je - nach der Separierung von 1830 - enge Wirtschaftsbeziehungen. Belgien nahm als Industrielieferant für die Niederlande stets den zweiten Platz - nach Deutschland - ein. Auch heute überwiegt der Import belgischer Waren noch ein wenig den holländischen Export nach Belgien.

Aber nach dem Verlust ihrer meisten Kolonien können sich die Niederländer nicht mehr auf ihren Kaffee-, Tee- und Bananenhandel und auch nicht allein auf ihre Kuhweiden und Gemüsefelder stützen. Sie verstärkten ihren Fertigwarenexport.

Mit Hilfe von Marshallplan-Geldern und einer belgischen Anleihe von 4,5 Milliarden belgischen Franken brachten sie ihre Veredelungsindustrie derart in Schwung, daß sie mit ihren billigen Fahrrädern und einer Reihe anderer Artikel heute die Japaner Europas sind.

Die Regierung in Den Haag verteidigt ihren Exportplan mit einem frommen Seitenblick auf die holländische Familienfruchtbarkeit. Königin Julianes Niederlande sind heute mit 319 Einwohnern auf dem Quadratkilometer das am dichtesten bevölkerte Land der Welt.

Jedes Jahr seit 1945 liegen zwischen Tillburg und Groningen 15 000 mehr Säuglinge in den Windeln, als Menschen zu Grabe getragen werden.

Das traditionelle Land der Krämer, Schiffer und Bauern, das früher kein Arbeitslosenheer kannte, gerät mehr und mehr in die Problematik moderner Industriestaaten. Die Regierung will Arbeitsplätze um jeden Preis. Deshalb gewährt sie Unternehmen, die neue Exporttüren aufstoßen, erhebliche Steuervergünstigungen.

Die Regierung behielt aber auch die Preis- und Lohnzügel in der Hand: Den Landverpächtern und Hausbesitzern ist jede Erhöhung des Pacht- und Mietzinses untersagt. Der Landwirtschaft werden Festpreise vorgeschrieben.

Da sie aber hochintensiv und weitaus rationeller als etwa die westdeutsche Landwirtschaft arbeitet, tut ihr dieser Preisstop nicht weh. Auch ohne Subventionen sind die Bauern in den Niederlanden gegenüber den Landwirten in den meisten westeuropäischen Ländern bis zu 30 Prozent im Kostenvorteil.

Durch diese Preispolitik kommt der niederländische Arbeiter, trotz einer nominellen Lohndifferenz von 40 bis 50 Prozent, gemessen am Lohn seiner Kollegen in Belgien, gut zurecht. Sein Reallohn ist verhältnismäßig gesund.

Anders dagegen in Belgien. Es hatte einen ganz anderen Nachkriegsstart. Da seine Industriebetriebe zum großen Teil unzerstört geblieben waren, bekam es Aufträge in Fülle. Belgien wurde zum Spitzenreiter in der Europäischen Zahlungsunion. Im Rekordjahr 1951 hat es sich fast zu Tode exportiert.

Da die Regierung in Brüssel den Unternehmern und Gewerkschaften freie Hand ließ, galoppierten die Löhne und Preise bei der allgemeinen Auftragsschwemme und den wachsenden Rohstoffpreisen hemmungslos davon. Jetzt stehen zahlreiche Kunden-Länder mit insgesamt 21 Milliarden belgischen Franken = 424 Millionen Dollar für Belgien im Schuldbuch der Europäischen Zahlungsunion. (Ähnlich hoch ist jetzt auch

der Aktivalsaldo der westdeutschen Bundesrepublik bei der EZU.)

Das kleine nur acht Millionen Einwohner zählende Belgien mußte zu Einschränkungen greifen, wie kürzlich die Bundesrepublik gegenüber Brasilien:

- Künstliche Drosselung des Exports in die Schuldnerländer und
- Stornierung der Verrechnungsguthaben der belgischen Exporteure bei der Belgischen Nationalbank.

Damit ist das Problem aber nicht gelöst. Belgien registrierte zum erstenmal 350.000 Arbeitslose. Zahlreiche Industriegruppen gingen zur Kurzarbeit über, und vor der Regierung in Brüssel steht die Preisfrage, die kaum ein Finanzstrategie lösen kann:

- Kann eine stark überdrehte Lohn- und Preisspirale ohne Valutasturz und Deflation wieder synchron zurückgedreht werden?

Zu dieser Hauptsorge kommt jetzt noch der wachsende Druck der niederländischen Konkurrenz auf den eigenen belgischen Markt. Die Nachfahren der alten Geusen jenseits der Moerdijk-Brücke, die sieben Jahre bescheiden gelebt haben, steuern systematisch auf die sieben fetten Jahre zu. Sie haben ihre Handelsbilanz erheblich verbessert (aus Schuldnern bei der EZU wurden Gläubiger) und denken nicht daran, sich freiwillig ihrer Selbstkostenvorteile zu begeben.

Belgiens 45jähriger Ministerpräsident, Jean Marie van Houtte (christlich-sozial), kann sich kaum noch der Angriffe seiner Gegner in den belgischen Industrieverbänden erwehren. Sie schlugen dem ehemaligen Professor für Wirtschaftswissenschaft vor, sich in Zukunft mit Lyrik zu befassen oder endlich mit den nördlichen Nachbarn Fraktur zu reden.

Wenn aber mit den Geusen nicht zu reden sei, dann müsse man ihr „Dumping“ eben durch Rückkehr zur alten Einfuhrkontingentierung abbremsen. Das wäre das Ende der Benelux-Vorunion.

Nun will Ministerpräsident van Houtte nochmals den Benelux-Kronrat zusammentrommeln. Er soll Ende November in Den Haag tagen. Dort ließ man aber bereits durchblicken, daß man zu grundsätzlichen Konzessionen kaum bereit sei.

„Warum auch?“ ereiferte sich der „Haagsche Courant“. „Nur um dem Ausland (Amerika) gegenüber den Eindruck zu verwischen, daß Benelux noch nicht tot ist?“

Stirbt die Benelux-Union, so behalten die Skeptiker recht, die diesen Todesfall von vornherein für wahrscheinlich hielten. Benelux-Union, Europäische Zahlungsunion und Schuman-Plan verkörpern die „funktionale“ Methode des wirtschaftlichen Zusammenschlusses, d. h. man begnügt sich mit der Union wirtschaftlicher Teil-Funktionen wie Zöllen und Verbrauchssteuern, Währungsclearing, Montanindustrie. (Die Kritik leitet den Namen „funktional“ davon ab, daß die „funktionale“ Methode nur bedingt funktionieren kann.)

Tatsächlich ist vor hundert Jahren die deutsche Wirtschaftseinheit durch den deutschen Zollverein hergestellt worden. Damals war die Steuerlast jedoch in stetigem Sinken, und staatliche Wirtschaftslenkung - wie seit 1930 - war unbekannt.

Angesichts der modernen Subventionen, Förderungskredite, der heutigen Steuerhöhe, der Steuermanipulierungen und vieler anderer Lenkungsingriffe sind die Zölle längst nicht mehr ein so entscheidender Wirtschaftsfaktor wie vor hundert Jahren.

Die Kritiker meinen also, daß eine Zollunion entweder unverzüglich zu einer Finanz- und wirtschaftlichen Union - d. h. zu einem staatlichen Zusammenschluß - erweitert werden muß oder zum Scheitern verurteilt ist. „Funktionale“ Zusammenschlüsse erscheinen diesen Kritikern als Halbheiten, durch die das Ziel der

Wirtschaftseinheit eher gefährdet als gefördert wird.